

# Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

|    | <p>Datum: 10.02.2012</p> <p>Antragstellerin: <b>FDP-Fraktion</b><br/><b>FW-Fraktion</b></p> <p>Verfasser/in:<br/><i>Tobias Kruger</i><br/><i>Manfred Rädlein</i></p> |              |                |            |                             |
|---|--|--------------|----------------|------------|-----------------------------|
| <b>Antrag der FDP und der FW Fraktion: „Externes Consulting“</b>  |  |              |                |            |                             |
| <p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><u>Datum</u></th><th><u>Gremium</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>13.02.2012</td><td>Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table> |  | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> | 13.02.2012 | Stadtverordnetenversammlung |
| <u>Datum</u>  | <u>Gremium</u>   |              |                |            |                             |
| 13.02.2012  | Stadtverordnetenversammlung  |              |                |            |                             |

## **Sachverhalt/Begründung:**

Der Haushalt 2012 zeigt ein horrendes Defizit von ca. Euro 9.000.000. Bei einem Gesamtschuldenstand Rödermarks von rund Euro 60.000.000 müssen alle Leistungen und Ausgaben überprüft, gekürzt, reduziert, umgeschichtet oder in Gänze eingestellt werden. Mit den Voraussagen bzw. Erwartungen über befürchtete weitere massive Haushaltsdefizite in den kommenden Jahren darf es keine Tabus mehr über den gesamten Haushalt hinweg geben. Alle Leistungen, Einnahmen und Ausgaben müssen auf den Prüfstand.

Die Stadtverordneten müssen das Gesamtwerk Haushalt mehrheitlich zum Wohle der Stadt Rödermark beschließen. Der Magistrat und die Verwaltung haben nur einen Tag-zu-Tag-Einblick in das Haushaltsgeschehen. Die Stadtverordneten müssen sich großteils als Laien mit dem Haushalt bis in die Tiefe beschäftigen. Das ist sehr schwierig. Es gilt die Entstehung der Haushaltsprodukte zu beeinflussen, bevor sie die mittlerweile zur Tagesordnung gewordenen massiven Defizite verursachen. Hierzu dienen private Beratungsfirmen, die den Entscheidungsprozess der Politik durch ihre Expertise unterstützen und erleichtern.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit von öffentlichen Verwaltungen ist ein zentrales Anliegen des gesamten öffentlichen Sektors. Beratungsfirmen begleiten seit Jahrzehnten die öffentlichen Verwaltungen mit Beratungsprojekten und wissenschaftlichen Analysen. Sie verstehen sich als Transformationsberater, die mit ihren Kunden gemeinsam maßgeschneiderte Lösungen zur umfassenden und nachhaltigen Leistungssteigerung erarbeiten und implementieren.

Die Erfahrungen der Beratungsfirmen haben gezeigt, dass Managementkonzepte aus der freien Wirtschaft nicht einfach kopiert werden können. Speziell in der Nachbarkommune Dreieich hat sich nach externer Beratung klar gezeigt, dass ein objektiver Blick von Außen Grundvoraussetzung für eine freie und umfassende Verwaltungs- und Strukturanalyse ist. Rein „inhouse“ ist Gleiches aus verschiedenen (naturgemäßen) Gründen nicht gleichermaßen erreichbar.

Die Beratungsfirmen für den öffentlichen Sektor integrieren alle erfolgskritischen Ebenen in Modernisierungsprozessen: Strategie, Prozess, System und Mensch. Mit diesem Verständnis von Beratung zeigt die Historie, dass sie gemeinsam mit ihren Kunden erfolgreiche Projekte in allen Teilbranchen des öffentlichen Sektors - vom großen Bundesministerium bis zur Kommunalverwaltung realisieren können. Gemeinsames Ziel der Projekte: die Steigerung der Effektivität der Organisationen im Spannungsfeld von Qualitätsanforderungen und Budgetrestriktionen.

Lebendige Beispiele in anderen Kommunen haben gezeigt, dass durch Maßnahmen basiert - auf den Erkenntnissen von Beratungsfirmen und deren Integration in die Verwaltungsabläufe - erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden können, die zur Reduzierung von Haushaltsdefiziten dienen und ausgeglichene Haushalte ermöglichen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt,

1.)

ein privates Beratungs- bzw. Consultingunternehmen mit der Untersuchung der gesamten Verwaltung zu beauftragen. Teilaspekte dieser Untersuchung sollen dabei u.a. sein:

- Personalkonzeption (insb. personelle Ausstattung) und mittelbarer Personalbedarfsplan
- Optimierung von Arbeitsabläufen und Verwaltungsprozessen
- Zusammenfassung von FB übergreifenden Aufgaben
- Digitale Verwaltungssteuerung
- Vereinfachung durch Standardisierung/-en
- Klärung konkreter Outsourcingoptionen
- Möglichkeit der (kostenpflichtigen) Leistungs-mit-erbringung für andere Kommunen

2.)

Für diese externe Untersuchung werden 60.000 € in den Haushalt 2012 eingestellt

**Abstimmungsergebnis:**

**Zustimmung:**

**Ablehnung:**

**Enthaltung:**